

46. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingssession 2023



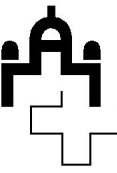
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

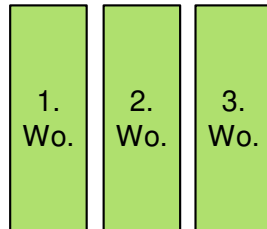


In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession und andere wichtige politische Entwicklungen

Eidg. Wahlen

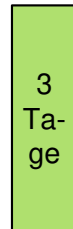
Frühlingsession

27. Feb. –
17. März 2023



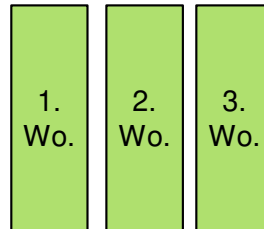
Sondersession

2. – 4.
Mai 2023



Sommer-session

30. Mai –
16. Juni 2023



Herbstsession

11. – 29.
September 2023



Wintersession

4. – 22.
Dezember 2023



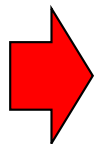
Kommissions-
sitzungen

Kommissions-
sitzungen

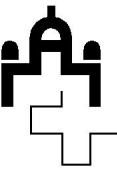
Kommissions-
sitzungen

Kommissions-
sitzungen

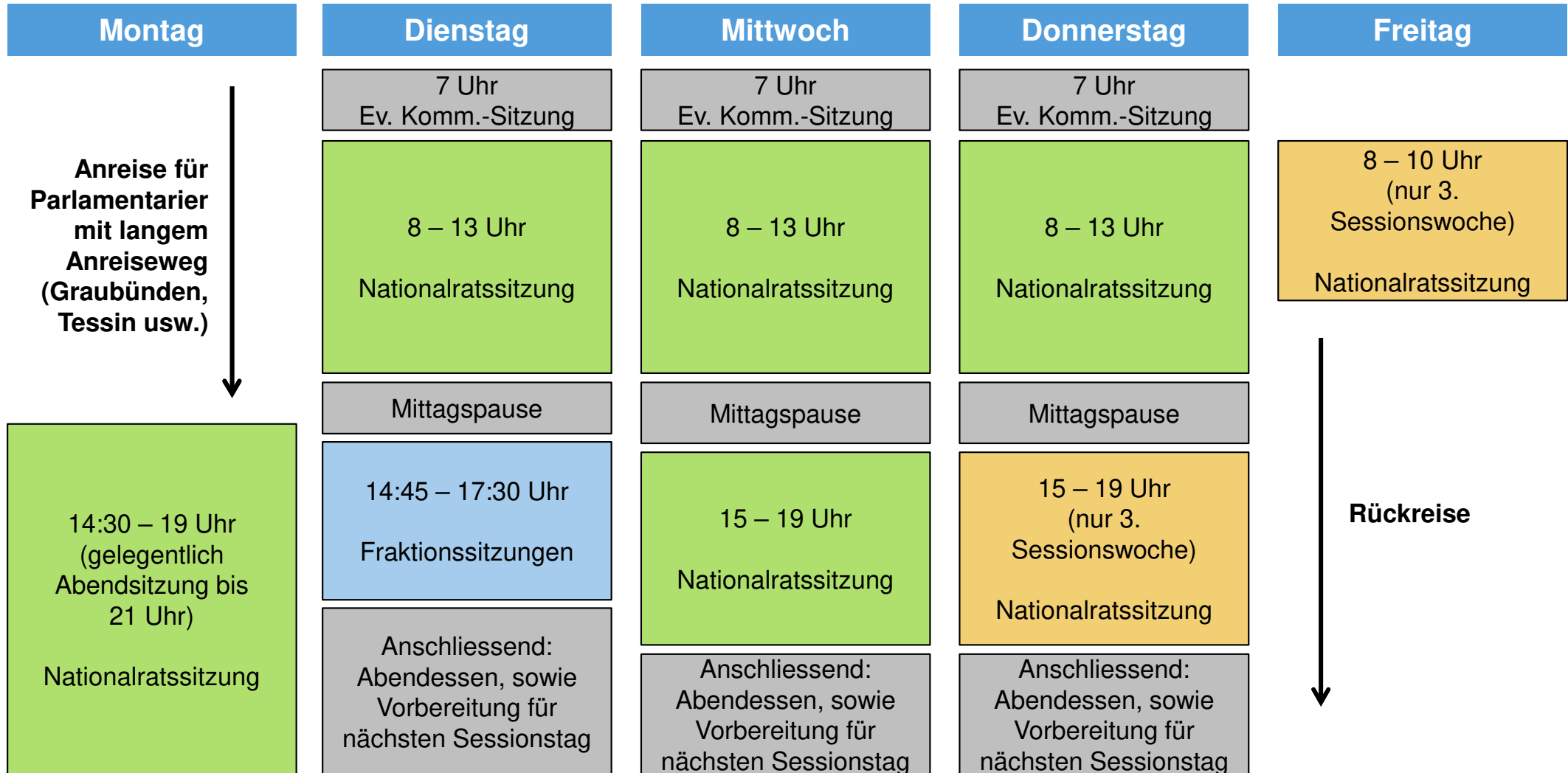
Jan. Feb. März April Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez.

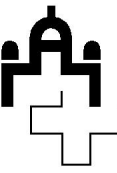


Zusätzlich zu den Sessions und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der Mitte präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP



SVP:	55
SP:	39
Die Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

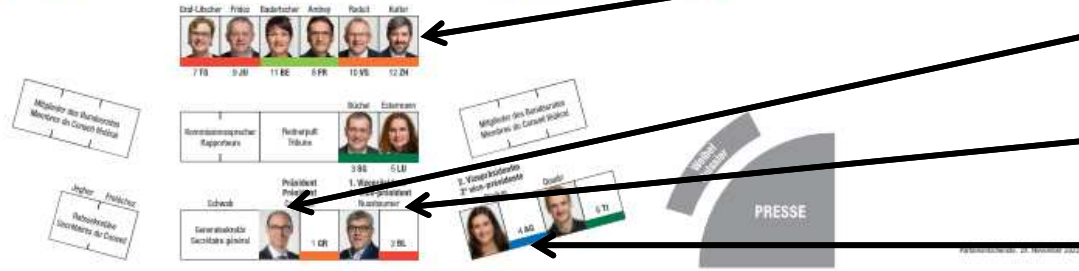
8 Stimmzähler

Präsident (Mitte)

1. Vizepräsident (SP)

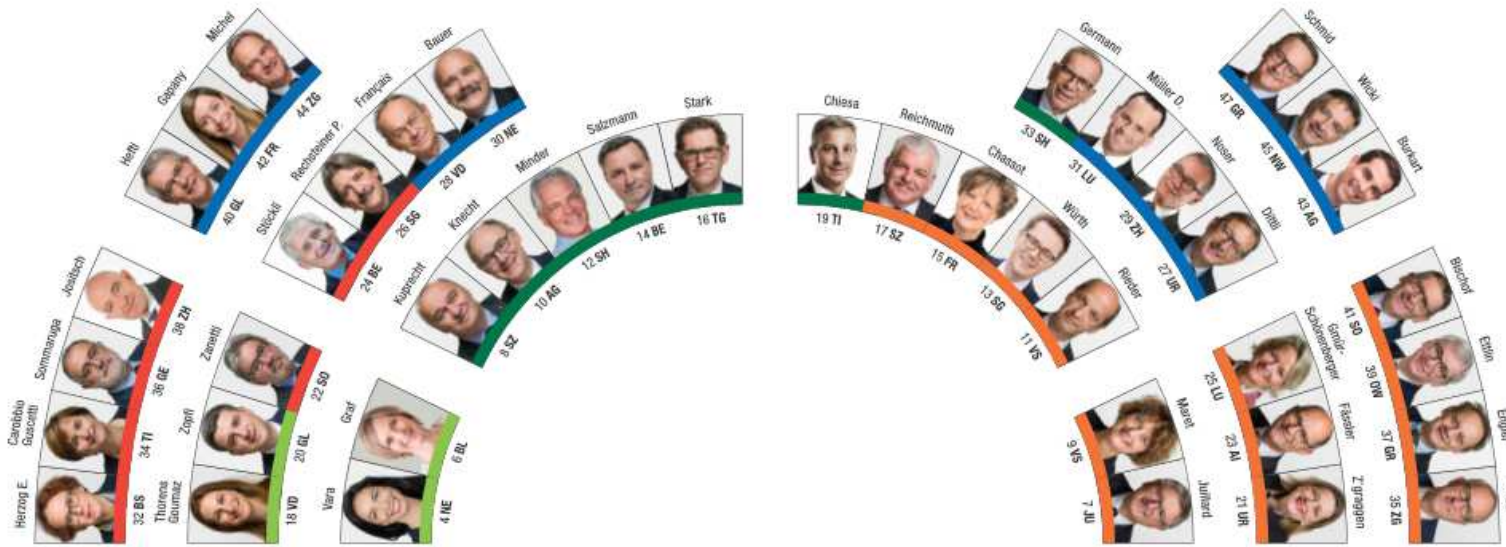
2. Vizepräsidentin (FDP)

- Fraktionen / Groupes parlementaires
- SVP (SVP)
- SP (SP)
- Die Mitte (Die Mitte)
- Grüne (Grüne)
- FDP (FDP)
- GLP (GLP)

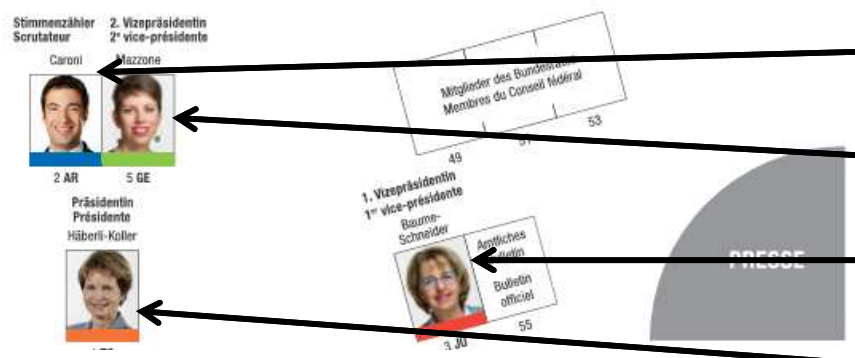
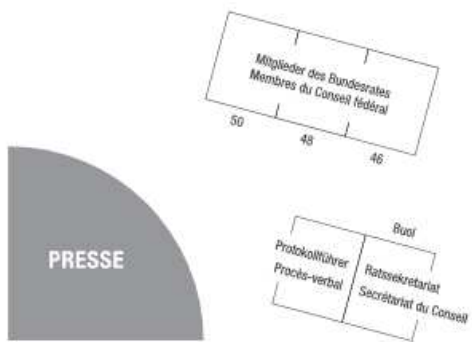


Quelle: www.parlament.ch

Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der Mitte präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die Grünen



Die Mitte:	14
FDP:	12
SP:	8
SVP:	7
Grüne:	5
GLP:	-



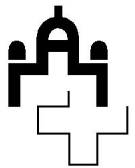
- Stimmzähler (FDP)
- 2. Vizepräsidentin (Grüne)
- 1. Vizepräsidentin (SP)
- Präsidentin (Mitte)

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

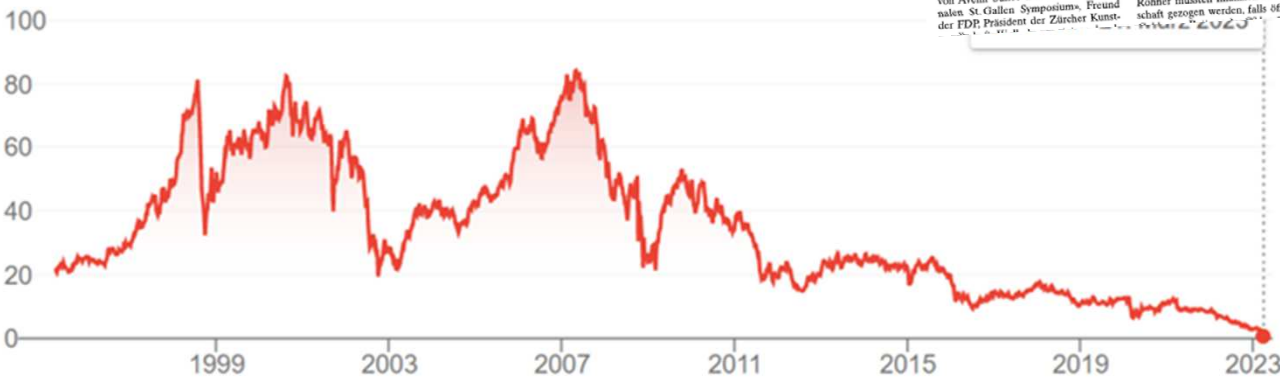


Bankenbeben: Verkauf der Credit Suisse an die UBS

0.88 CHF
-20.39 (-95.87%) ↓ immer

21. März, 17:02 MEZ • Haftungsausschluss

1 T. 5 T. 1 M. 6 M. YTD 1 J. 5 J. Max.



Eröffnung	0.82	Marktkap.	3.52 Mrd.	52-Wo-Hoch	7.38
Hoch	0.88	KGV	-	52-Wo-Tief	0.79
Tief	0.79	Rendite	5.70%		

TA / 21. März 2023



Walter Kielholz: «Ich äussere mich nicht zu meinen Nachfolgern in den Medien. Das wäre stillos.»

Walter Kielholz' Vermächtnis

Bei der Suche nach Verantwortlichen für den Niedergang der CS fällt sein Name

Christina Neuhäus

Doch jetzt hat die Vergangenheit Kielholz eingeholt. Klaus Stöckli schreibt auf Januars 2012 Lukas Mühlemann ab als «Inside Paraderplatz». Kielholz habe als leitender Fremdmittler mit der Berufung von Urs Rohner als Verwaltungsratspräsident und Brady Dougan als CEO an den Weg der Grossbank ins Nichts geführt. Nach dem Platzen der Dotcom-Blase Thomas Aeschi, der Chef der SVP-Bank Re, Credit Suisse, Gründungsmitglied von Avenue Suisse und des Internationalen St. Gallen Symposiums, Freund der FDP, Präsident der Zürcher Kunst-

Eine Grossbank stirbt

Rettenaktion: Die UBS kauft die Credit Suisse für 3 Milliarden Franken – mehr ist die Zürcher Traditionsbank nicht mehr wert. Und das auch nur, weil der Bund Garantien von 209 Milliarden übernimmt. Was mit den Mitarbeitenden passiert, ist offen.



Düsterer Zellen am Schweizer Finanzplatz: Hauptquartier der Credit Suisse am Paradeplatz. Von: Adrien Zingg/Photograph by Retna

Nach der Woche der Kursverluste von 9 Milliarden Franken zur Übernahme von potenziellen Verkäufern aus vier Branchen, darunter die UBS, übernahm die UBS die Kontrolle über die Bank.

Die SNB unterstützte die Übernahme mit einer Liquiditätshilfe von bis zu 200 Milliarden Franken im Falle eines Scheiterns. Die UBS hat sich bereits mit der SNB abgesprochen, dass sie sich dabei um keine Milliarden mehr bemühen muss.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Statistik hat die UBS als neue Mutterbank der Credit Suisse bestätigt. Die UBS wird die CS übernehmen und die CS wird die UBS als Tochterbank führen.

Dekonstruktion der Rettung
Am Wochenende musste es plötzlich ganz schnell gehen. Die Stationen. Seite 2

Was man über den Deal weiss
Ist das jetzt eine Staatsrettung? Was erwartet Kunden und Angestellte? Seite 3

So reagiert die Politik
Nur in einem sind sich alle einig: Es kommt zu einer Staatsrettung. Seite 4

Schwarzer Tag für die Schweiz
Die UBS profitiert – Kunden und Steuerzahler haben das Nachsehen. Leitartikel Seite 4

«Ueli das Messer»
der letzte CS-Chef Selbst Ulrich Körner, der harte Sanierer, konnte das Ruder nicht herumreissen. Seite 6

Von der Heimat entfremdet
Die CS und Zürich haben sich in den letzten Jahrzehnten auseinandergelebt. Seite 7

Florence Vulchard und Patrick Müller
Schock und Katerstimmung herrschten gestern, am Tag nach der erzwungenen CS-Übernahme durch die UBS. Die 167-jährige Bank verschwindet, das muss erst einmal verdaut werden. Wie gross ist das Klumpenrisiko mit dem Giganten UBS für die Schweiz? Was bedeuten die 209 Milliarden Franken, mit denen die öffentliche Hand im schlimmsten Fall haften braucht eine Sondersession des Parlaments?

Alles wichtige Fragen, doch es sei noch eine andere erlaubt – eine Frage zur Ursachenforschung: Wo waren eigentlich die Verwaltungsräte und Verwaltungsrätinnen der Credit Suisse? Man hat in den dramatischen Wochen und Monaten nie etwas gehört von dem Gremium, das gemäss Obligationenrecht immerhin die Überlebendigen der Firma und die Oberaufsicht über die Geschäftsführung innehat. Von den Schweizer Pans, die anderen sieben stammen aus China, Brasilien, den USA und anderen Ländern.

Mirko Bianchi, 1962, Schweiz und USA, seit 2022 im CS-Verwaltungsrat

Iris Rohner, 1966, Schweiz, seit 2012 im CS-Verwaltungsrat

Blythe Masters, 1969, Grossbritannien, seit 2021 im CS-Verwaltungsrat

Clare Brady, 1963, Grossbritannien, seit 2021 im CS-Verwaltungsrat

Christian Gellarstad, 1968, Schweiz und Schweden, seit 2019 im CS-VR

Amanda Morton, 1966, USA und Grossbritannien, seit 2020 im CS-VR

Ana Paula Pessoa, 1967, Brasilien, seit 2018 im CS-Verwaltungsrat

Seralina Macia, 1968, Schweiz, USA und Australien, seit 2015 im CS-VR

Shan Li, 1963, China, seit 2019 im CS-Verwaltungsrat

Axel Lehmann, 1959, Schweiz, seit 2021 im CS-Verwaltungsrat

Richard Meddings, 1968, Grossbritannien, seit 2020 im CS-VR

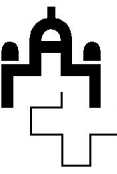
Keyu Jin, 1982, China, seit 2022 im CS-Verwaltungsrat

Wo war der Verwaltungsrat?

Viel wird über die Ursachen der CS-Katastrophe gesprochen. Aber die oberste Führungsorgans...

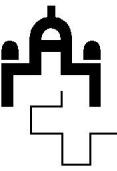
Hintergrund, die anderen sind Professorinnen, Versicherungsexperten und sogar die ehemalige Finanzchefin des Organisationskomitees der Olympischen Spiele in Brasilien sitzt drin. Schweizer Staatsangehörige sind in der Minderheit und ausser der Professorin Iris Rohner, und der Versicherungsfachfrau Seralina Macia, die 2015 dazugewonnen ist, sind alle 2018 oder später in den VR gekommen. Die Hälfte ist wie Lehmann erst seit 2021 oder gar 2022 dabei.

Ganz anders Urs Rohner: Zehn Jahre hat er den Verwaltungsrat präsidiert, das war er schon im Verwaltungsrat und viele Jahre Chefjurist, hat Krise um Krise durchgestanden: Die Finanzkrise, den Steuerstreit mit den USA, den Megabohrens seines CEO Brady Dougan, die Beschattungsfäre von dessen Nachfolger. Nie hat er etwas davon gewusst, nie blieb irgendwas an ihm hängen, nie übernahm er für irgendwas die Verantwortung. Die Milliarden...



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Frühlingsession 2023 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 21.047 Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energie (Mangelerlass)
- 2 22.461 Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von Windparkprojekten («Windexpress»)
- 3 22.3557 Abschaffung der Nichtwiederausfuhrerklärung / 23.3005 Änderung KMG
- 4 22.065 Bundesgesetz über das Verhüllungsverbot
- 5 21.403 Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung (UKibeG)
- 6 22.089 BVG-Reform
- 7 22.043 13. AHV-Rente und 22.054 Renteninitiative
- 8 23.016 AHV-Gesetz: Anpassung der Renten an die Teuerung
- 9 20.022 Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)
- 10 23.020 / 22.4278 Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft
- 11 21.3488, 21.3490, 21.3491, 21.3492, 21.3493 Verschärfungen im Asylbereich
- 12 Diverse weitere Geschäfte



Nationalrat fordert Solarpflicht für Neubauten und bei «erheblichen» Renovierungen von bestehenden Gebäuden

- Die SVP hätte beim Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien grundsätzlich Hand für einen pragmatischen Ausbau geboten. Es ist sonnenklar, dass aufgrund der Zuwanderung, des Stromfresser-Gesetzes (Verbot von Benzin-Autos und Öl-Heizungen), der Dekarbonisierung (Netto-Null-Ziel) und der Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke die inländische Stromproduktion massiv ausgebaut werden muss.
- Gegen den Willen der SVP beschloss der Nationalrat, eine Solarpflicht bei Neubauten und «erheblichen» Renovierungen an bestehenden Gebäuden, insbesondere bei Dachsanierungen, in die Vorlage aufzunehmen.
- Zudem hielt er am Kernkraftausstieg fest.
- Unter diesen Umständen lehnte die SVP-Fraktion die Vorlage in der Gesamtabstimmung ab (104 zu 54 Stimmen bei 33 Enthaltungen). Sie geht nun zur Differenzbereinigung zurück in den Ständerat.

Schweiz

Zwischen den Polen knistert es

Kompromisse geraten ins Wanken, ein Referendum droht: Das war die nächste Runde im grossen Strom-Streit.

Benjamin Rösch

Plötzlich rückte es gewaltig zwischen zwei Parteien, die sich sonst eher abweisend gegenüberstehen. Es war kurz vor Unterbruch der Massendebatte um die Schweizer Energieversorgung, als FDP-Nationalrat Kurt Föllmi mit einem Einzelantrag bewies: Das fragile Konsortium zur Bewältigung der Schweizer Energiekrise ist nicht einseitig gefährdet.

Die Debatte war am Montag verhalten abgelaufen. Zwei im Spätnachmittag im Ständerat vergangene Herbst hat das die Güterabwägung zwischen Umweltschutz und einem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht einfach wird. Doch es nicht viel auf dem Spiel: Die Schweiz braucht mehr Strom und will zugleich mittelfristig auf fossile und Atomkraft verzichten, ohne die Versorgung zu gefährden.

Kurt Föllmi, fiel das Wort «Kompromiss» allein in den ersten Stunden der Debatte zwingend. Mitunter im Albert Rösch (SVP), öfter im Nationalrat in der ersten Bewährungsprobe. Doch die später die Stimme, dass schwebende wurde, seine Rolle als Hüter der Bilanz. Eine grossen Rolle spielend dabei die Fische. Es ist noch nicht lange her, dass starb das Fischereiverband eine Initiative, um

die Gewässer vorüber Übernutzung durch Kraftwerke zu schützen. Nach langen Kämpfen stand am Ende das Verbot, die Ressourcen weniger zu schütten – ein Entschieden, den der Ständerat am Montagabend bündelte. Er tat dies obwohl knapp mit nur einer Stimme Unterschied.

Der Zorn der Fischer

Gross war die Entrüstung vieler Umweltverbände am Tag danach. Der Mantelerlass streift aus dem Gleichgewicht geraten. Der Fischereiverband sprach von einer «riesigen politischen Enttäuschung». Noch deutlicher wurde Martin Muser (SVP/SH): «Mit diesem Gesetz kann ich nicht leben. Wenn die Vorlage zum Ende der Debatte so beschleunigt, werde ich sie bekämpfen.» Für die kann verboten» Referendumsdrohung einer Frau, die in den Vorständen dieser Umweltverbände tatwäre. Aquaviva, der Stiftung Landschaftsschutz und der Grünen-Stiftung.

Aber bei uns, wohl kaum Umstände allein eine Volksabstimmung zu gewinnen. Holen sie sich über den Fischereiverband ins Boot, wärd der Druck-Gosse Namen wie WWF, Pro Natura oder Greenpeace haben sich was noch zurück. Doch Michael Ross von WWF sagt selbstverständlich: «Wir werden die ge-

strate Vorlage abgeben, aber für uns fällt die Frage um das Restwässer sehr stark ins Gewicht.»

Unaufwächst auch in der SVP

Der Vorwurf über den Mantelerlass Rösch wächst auch in der rechten Ecke des Nationalrats. Grund dafür war ein Antrag der Umweltkommission, grössere bestehende Bauteile einer Solarpflicht zu unterwerfen. Darauf sagte Mike Egger (SVP/SO): «Ich würde Sie abschließen vor einem allfälligen Referendum, wenn Sie diesem Monat zustimmen.» Schließlich schickte das Parlament auf Not- und Umbau um.

Uta wärd sich das Parlament schon im Freitag, als schliesslich Kurt Föllmi kämpfliche Konflikte lösen überbot: Durch die SVP, durch die FDP, durch die Mitte. Vor allem über entlag von SVP und Grünen.

Zwei erbat sich das Parlament bietet den Ausbau der Wasserkraft, die hauptsächlich mit kleinen Projekten gelingen soll. Diese hätte Röschs Vorgängerin Simonetta Sommaruga am einen – unden Fisch mit verschiedenen Interessenvertretungen ausgehandelt und sollen nur von bewährtesten Verfahren profitieren. Das Interesse an ihrer Realisierung soll anderen nationalen Interessen grundsätzlich weichen.



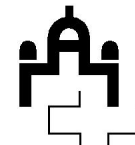
Im Gespräch: Energieminister Albert Rösch sucht den Strom-Nachwuchs. Bild: Anthony Brändli/Key

Die Umweltkommission wollte dieses Statut auch auf Sonne und Wind ausweiten – und land in Füllhans Meiser. Der Solostürmer ist Präsident des Stützorgans des Schweizer Landwirtschaftsbundes. Mit 97 zu 89 Stimmen bei 7 Enthaltungen strich der Nationalrat besagten Artikel – entgegen der breiten Kommissionsmeinung. Das liess sich als direkte Antwort auf

den Montagabend lesen. Auch wenn es niemand offen ausgesprochen will: Für Umweltschützer dürfte dies ein gewichtiges Unterfund sein, wenn sich im Sommer der Ständerat nochmals über die Vorlage beugt. Gemäss dem, dass auch die Fische von einem ruhenden, profitieren: Schneller Solar- und Windausbau, dafür keine Restwasser-Diskussion.

ein wichtiges Signal – für diese Abstimmung allerdings auch an die SVP: Sie darf mit Genugtuung feststellen, dass sie vielleicht gar nicht alleine gegen diese unausgewählte Bundesrat pricht. Bereits heute geht die Verhandlung über die Schweizer Energieversorgung in die nächste Runde. Weitere spontane Allianzen sind nicht ausgeschlossen.

Mittwoch, 15. März 2023



Nationalrat will bei Windrädern den Gemeinden und der direktbetroffenen Bevölkerung die Entscheidungskompetenz entziehen

■ Im Nationalrat wird der sog. «Windexpress» debattiert. Neu sollen nicht mehr wie heute die Standortgemeinden, sondern die Kantone für die Baubewilligungen von Windkraftprojekten zuständig sein. Damit würde den direktbetroffenen Bevölkerung die Entscheidungskompetenz entzogen. Die SVP ist der Meinung, dass die lokale Bevölkerung von solchen wichtigen Entscheidungen nicht ausgeschlossen werden darf und lehnt als einzige Partei die Vorlage ab. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

Der Nationalrat will eine Wind-Offensive starten

Bau von 150 Windturbinen soll beschleunigt werden – gegen den Willen der SVP

CHRISTOP FORSTER, BERN

Albert Rösti war ein erfahrener Parlamentarier. Unabhängig Mal stand er vorne am Rednerpult und referierte souverän über Energie- oder Klimapolitik. Jetzt steht er wieder am Mikrofon – in neuen Kleidern. Die Metamorphose zum Bundesrat ist jedoch noch voll im Gang. Etwas unsicher und verkrampt spricht er zu seinen ehemaligen Kollegen. Er hält sich eng am Skriptil. «Der Bundesrat beruht», der Bundesrat unterstützt, «der Bundesrat beantragt». Energieminister Rösti muss seine Rolle erst noch finden.

Am Mittwoch in der Debatte zur Wind-Offensive hatte Rösti auch noch gleich die gesamte SVP-Fraktion gegen sich. Diese findet zwar auch, man müsse die einheimische Stromproduktion möglichst schnell ausbauen. Windräder könnten dabei zweifelsfrei eine Rolle spielen, sagte SVP-Nationalrat Pierre André Page. Aber nicht so, wie es das Parlament plant. Es will die Bewilligungsverfahren für Windparks straffen. Neu sollen nicht mehr wie heute üblich die Standortgemeinden, sondern die Kantone die Baubewilligung für Windparkprojekte erteilen. Dies gilt für Anlagen im nationalen Interesse, die aber eine rechtskräftige Nutzungsplanung verfügen. Nationales Interesse bedeutet eine Mindestproduktion von 10 Gigawattstunden pro Jahr. Damit ginge die Entscheidungskompetenz weg von der lokalen Ebene, wo die Auseinandersetzungen über solche Projekte ausgetragen werden. Dagegen wehrt sich die SVP: «Das letzte Wort müssen die Einwohner der betroffenen Gemeinden haben», sagte Page. Diese sollen die Möglichkeit erhalten, sich per Mehrheitsentscheid abschliessend zu äussern.

Einsprachen bleiben möglich

Die Volkspartei stand mit dieser Forderung alleine da. Er sei erstaunt, dass heute ausgerechnet die SVP, die sonst immer von Straffung spricht, Verfahrensbeschleunigungen ablehne und Verfahren verlängern wolle, sagte GLP-Nationalrat Martin Baumle. Er warte gespannt darauf, dass die SVP beim nächsten Bau einer Nationalstrasse oder des Endlagers für Atomabfall fordere, dass die Gemeindeversammlung am Schluss über das Projekt definitiv abstimmen könne. Andere Votanten wiesen darauf hin, dass die Gemeinden nicht ausser Acht würden. Gegen die Nutzungsplanung könnten diese in den meisten Kantonen Einsprache erheben. In das Verfahren zur Nutzungsplanung fällt auch die Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch gegen die Baubewilligung können die



Eines der vierzig bestehenden Schweizer Windräder steht auf dem Gotthardpaass.

Gemeinden weiterhin Einsprache erheben, allerdings nur noch an eine kantonale Instanz. Nur wenn es sich um eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung handelt, soll der Weg ans Bundesgericht offen bleiben. Die Entscheidungs- und Mitspracherechte der betroffenen Gemeinden würden durch das neue Gesetz nicht eingeschränkt, sagte Rösti.

Mit den neuen Regeln könnten die Windparkprojekte laut den Befürwortern zwei bis drei Jahre schneller realisiert werden. Sie gelten nur so lange, bis Windturbinen mit einer Leistung von 600 Megawatt installiert sind. Dies entspricht einer Jahresproduktion von rund 1 Terawattstunden. Das ist laut dem Energieminister nicht der grosse Wurf, ermöglicht aber rasch einen wichtigen Beitrag zum fehlenden Winterstrom.

Selbst SVP-Politiker Page räumte ein, dass die Windkraft in der Schweiz ein grosses Potenzial hat. Standorte im Jura und in den Alpen versprechen laut dem europäischen Windatlas einen ähnlich hohen Stromertrag wie in den Nachbarländern. Zudem liefern Windanlagen zwei Drittel des Stroms im Winterhalbjahr – dann, wenn er besonders gefragt ist. Damit ergänzen sie die Photovoltaikanlagen auf den Dächern im Mittelland, die den Grossteil des Stroms im Sommerhalbjahr produzieren. Das grosse Windpotenzial wird jedoch kaum genutzt. In der Schweiz stehen lediglich rund vierzig Anlagen in Betrieb. Sechs weitere werden gebaut. Ihr Beitrag zur inländischen Stromproduktion: mit knapp 0,3 Prozent vernachlässigbar. Windparks sind umstritten. Anlagen werden oft durch Einsprachen und

Gemeinden fordern Geld für Windräder

Der Windkraft. Der Nationalrat sagt Ja zur Windkraft-Offensive. Nun wollen die Gemeinden entschädigt werden – sonst erwägen sie, ein Referendum zu unterstützen.

Stefan Hilt



Fölgt auf den Wasserbau der Windkraft? Im Sommer 2020 wurde auf dem Gotthardpaass ein Windpark eröffnet. Foto: Christian Schmitt

Es geht um 350 bis 200 neue Windkraftanlagen, allesamt in beschleunigten Verfahren bewilligt. Der Nationalrat hat gestern die Lenkungsstelle mit 234 zu 21 Stimmen klar genehmigt. Die Gesetzesvorlage soll so lange an Kraft bleiben, bis eine zukünftige Legislatur eine Lösung gefunden hat. Die 600 Megawatt erreichen ist. Das entspricht etwa einer zusätzlichen Jahresproduktion von 2 Terawattstunden, siebenmal mehr als die Windanlagen in der Schweiz heute liefern.

Die Kritik an der Vorlage ist nicht abgeklungen – nicht etwa von den Windkraftgegnern. Die Gemeinden fordern das Recht, die Baubewilligung zu erteilen. Sie fordern auch, dass die Gemeinden über die Baubewilligung entscheiden können. Dies gilt für Anlagen im nationalen Interesse, die aber eine rechtskräftige Nutzungsplanung verfügen. Nationales Interesse bedeutet eine Mindestproduktion von 10 Gigawattstunden pro Jahr. Damit ginge die Entscheidungskompetenz weg von der lokalen Ebene, wo die Auseinandersetzungen über solche Projekte ausgetragen werden. Dagegen wehrt sich die SVP: «Das letzte Wort müssen die Einwohner der betroffenen Gemeinden haben», sagte Page. Diese sollen die Möglichkeit erhalten, sich per Mehrheitsentscheid abschliessend zu äussern.

Widerstand bei den Wasserbauern

Wie hoch die neue Ausgabe ausfallen wird, dazu sagt der Generalsekretär nicht. Der Wasserbau ist ebenfalls wegen seiner hohen Kosten ein Problem. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen.

Widerstand bei den Wasserbauern

Wie hoch die neue Ausgabe ausfallen wird, dazu sagt der Generalsekretär nicht. Der Wasserbau ist ebenfalls wegen seiner hohen Kosten ein Problem. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen.

Widerstand bei den Wasserbauern

Wie hoch die neue Ausgabe ausfallen wird, dazu sagt der Generalsekretär nicht. Der Wasserbau ist ebenfalls wegen seiner hohen Kosten ein Problem. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen.

Widerstand bei den Wasserbauern

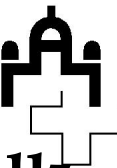
Wie hoch die neue Ausgabe ausfallen wird, dazu sagt der Generalsekretär nicht. Der Wasserbau ist ebenfalls wegen seiner hohen Kosten ein Problem. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen.

Widerstand bei den Wasserbauern

Wie hoch die neue Ausgabe ausfallen wird, dazu sagt der Generalsekretär nicht. Der Wasserbau ist ebenfalls wegen seiner hohen Kosten ein Problem. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen.

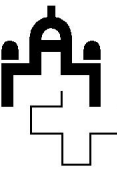
Widerstand bei den Wasserbauern

Wie hoch die neue Ausgabe ausfallen wird, dazu sagt der Generalsekretär nicht. Der Wasserbau ist ebenfalls wegen seiner hohen Kosten ein Problem. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen. Häufig soll die Gemeinde die Kosten übernehmen.



2 Motionen, die indirekte Waffenlieferungen an die Ukraine erlauben und damit die Neutralität verletzen würden, werden abgelehnt

- Thierry Burkart forderte mit einer Motion folgendes: «Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes vorzulegen, die vorsieht, dass **auf eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung vollständig verzichtet werden kann**, wenn die Lieferung an Staaten erfolgt, die unseren Werten verpflichtet sind und über ein Exportkontrollregime verfügen, das dem unsern vergleichbar ist (18 EU-Staaten, Grossbritannien, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Argentinien).
- Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats forderte, dass der Bundesrat beauftragt wird, Artikel 18 des Kriegsmaterialgesetzes wie folgt zu ergänzen und dem Parlament eine entsprechende Botschaft zu unterbreiten: Art. 18 Nichtwiederausfuhr-Erklärung; Ausnahmen
 - (neu) Der Bundesrat kann auf Gesuch einer ausländischen Regierung die Nichtwiederausfuhr-Erklärung für aufgehoben erklären, wenn sich die ersuchte Wiederausfuhr auf eine Situation bezieht, welche der **Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer Resolution** als im Widerspruch zum völkerrechtlichen Gewaltverbot deklariert und wenn keine überwiegenden aussenpolitischen Interessen der Schweiz entgegenstehen.
 - (neu) Für den Fall, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgrund eines Vetos nicht zu einer Entscheidung kommt, muss vor der Umsetzung von Art. 18 Absatz 3 von der **Generalversammlung der Vereinten Nationen** ein Verstoss gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot nach Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen mit einer **Zweidrittelmehrheit** festgestellt worden sein.
- Beide Motionen werden in ihren jeweiligen Räten abgelehnt, da sie die Neutralität verletzt hätten.



Der Ständerat folgt dem Bundesrat und verlangt eine nationale Umsetzung des Verhüllungsverbots gemäss Bundesverfassung

- Am 7. März 2021 nahmen Volk und Stände die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» an. Damit wurden die Artikel 10a und 197 Ziffer 12 neu in die Bundesverfassung aufgenommen. Artikel 10a der Bundesverfassung verbietet die Gesichtsverhüllung im öffentlichen Raum und an Orten, die öffentlich zugänglich sind oder an denen grundsätzlich von jedermann beanspruchbare Dienstleistungen angeboten werden. Da Verfassungsbestimmungen nicht unmittelbar anwendbar sind, müssten diese auf Gesetzesstufe umgesetzt werden.
- Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament eine Umsetzungsvorlage für ein neues Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts (BVVG). Er stützt sich dabei auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Gebiet des Strafrechts nach Artikel 123 Absatz 1 der Bundesverfassung. Mit der Vorlage sollen sich die Menschen im öffentlichen Raum und an Orten, die der Allgemeinheit zur Nutzung offenstehen, mit offenem Gesicht begegnen und das Verhüllungsverbot soll dem Schutz der öffentlichen Ordnung dienen, indem Vermummungen an Auftritten und Versammlungen im öffentlichen Raum nicht missbraucht werden können, um anonym Straftaten zu begehen oder sich der Strafverfolgung zu entziehen.



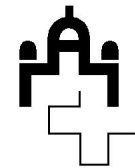
Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	15
- Nein / non / no	27
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non:

Antrag der Kommission (Nichteintreten)

Einzelantrag Chiesa und antrag des Bundesrates (Eintreten)



Obwohl die familienergänzende Kinderbetreuung Sache der Kantone und Gemeinden ist, wird Zentralisierung gefordert

- Der Nationalrat will, dass sich der Bund an den Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung beteiligt, obwohl dies eine kantonale Aufgabe ist. Laut Entwurf besteht für jedes Kind von der Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit Anspruch auf einen Bundesbeitrag, sofern es institutionell betreut wird.
- Der Bundesrat erachtet die Kosten für den Bund von mind. 710 Millionen Franken im ersten Jahr als «nicht finanzierbar».
- Trotzdem hat der Nationalrat der Vorlage mit 107 zu 79 Stimmen zugestimmt. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Bund soll Zustupf an Kita-Kosten zahlen

Der Nationalrat beschliesst ein grosses Kita-Paket – und lässt die Finanzierungsfrage aussen vor.

Maja Truber

Eigentlich kommt das Paket zu einem schrittweisen Ausstufung. Erst werden die Kantone und Gemeinden, die die Defizite, die in den nächsten Jahren drücken, ausgleichen – und das, was übrig bleibt, nach mehrjähriger Vorbereitungsphase in Form einer Bundesbeitragsvorlage an den Bund übergeben wird. Das ist die Idee, die der Nationalrat am 17. März 2023 beschlossen hat. Der Beitrag des Bundes wird ab dem 1. Juli 2024 in Höhe von 710 Millionen Franken pro Jahr anfallen. Der Beitrag des Bundes wird ab dem 1. Juli 2024 in Höhe von 710 Millionen Franken pro Jahr anfallen. Der Beitrag des Bundes wird ab dem 1. Juli 2024 in Höhe von 710 Millionen Franken pro Jahr anfallen.



Bundesbeiträge für Kinderbetreuung

Die 700-Millionen-Vorlage ist dreist

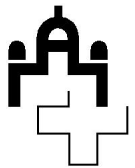
FABIAN SCHÄFER, BERN
Für viele Damen und Herren im Bundeshaus war am Mittwoch so etwas wie Weinachten, Geburtstag und Ostern in einem. Sie durften erstmals viel Geld verteilen, was für Politiker immer etwas Schönes ist. Zweitens gehen die neuen Subventionen an Familien, die unbestrittenen Sympathieträger der Nation. Und drittens findet all dies im Wahljahr statt. Was will man mehr?
Sie haben sich denn auch nicht lumpen lassen. Mit solider Mehrheit hat der Nationalrat beschlossen, dass Eltern künftig einen Rechtsanspruch auf Bundesbeiträge haben sollen, wenn sie ihre Kinder auswärts betreuen lassen. Ob sie nun reich sind oder arm, das soll nicht ausschlaggebend sein. Der

und Väter möglichst frei entscheiden können sollten, wie sie die Familien- und die Erwerbsarbeit aufteilen. Es wird auch kaum jemand bezweifeln, dass gerade gut ausgebildete Frauen dem Arbeitsmarkt vermehrt erhalten bleiben sollten. Doch der Zweck heiligt nicht die Mittel.
So binzig das klingen mag: Es gibt in einem Staat Regeln, die man besser einhält. Dazu gehört das Prinzip «wer zahlt, befehlt». Eine klare Aufgabenteilung ist wichtig. Wo die Verantwortung verschwimmt, beginnt die Verschwendung. Sind Bund und Kantone gemeinsam für ein Thema zuständig, verheisst das nichts Gutes. Die Schweiz hat einige dieser staatspolitischen Knoten entwirrt, doch noch gibt es mehrere (milliardenschwere!) Baustellen – von den Finanzministerien bis zum Nationalrat.

Schwer vorstellbar, wie die Kantonsregierungen künftig noch das Heft des Föderalismus singen können, u werden

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		39	14	53	5	22	27	107
- Nein / non / no					19	7		79
= Enth. / abst. / ast.			2		3			5
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	1		2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				2	1		3	6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme der Vorlage
Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung der Vorlage



Das Volk entscheidet über die Modernisierung der 2. Säule

Das sind die Eckpfeiler der BVG-Reform

Bei der beruflichen Vorsorge steht ein Umbau bevor

MICHAEL FERBER
Die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG) beherrscht Bundesberlin. Zum Ende der bis 17. März dauernden Frühjahrsession soll sie nach jahrelanger Seilziehen verabschiedet werden. Bei der Neuordnung geht es um die Rahmenbedingungen für die Schweizer Pensionskassen. Die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung, die im vergangenen Jahrzehnt sehr niedrigen Zinsen sowie der politische Reformstau setzen die Kassen unter Druck.

Viele der Vorsorgeeinrichtungen sahen sich in den vergangenen Jahren regulatorisch gezwungen, überhöhte Renten auszubezahlen und zur Finanzierung Gelder von erwerbstätigen Versicherten zu Rentnern umzuverteilen. Die BVG-Reform soll nun helfen, die finanzielle Lage der Kassen zu verbessern und die Umverteilung zu mindern. Absehbar wird dies nur zum Teil gelingen. Zudem sollen Teilzeit- und Mehrfach-Beschäftigte besser versichert werden und Nachteile von älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt ausgemerzt werden. – Ein Überblick über die wichtigsten Punkte der angestrebten BVG-Reform und deren Wirkung.

■ **BVG-Umwandlungssatz soll endlich sinken.** Die BVG-Reform sieht die Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent vor. Dieser bestimmt, mit welchem Satz das angesparte Vermögen mindestens in einen jährlichen Rentanspruch umgewandelt werden muss. Technisch ist er abhängig von der mit dem Kapital erzielbaren Rendite und der erwarteten Laufzeit.

Gemäss dem BVG-Mindestumwandlungssatz erhalten ein 65-jähriger Mann oder eine 64-jährige Frau also ab der Pensionierung pro 100 000 Franken Altersguthaben im Obligatorium eine jährliche Rente von 6800 Franken. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung und der immer noch niedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten ist dieser Satz deutlich zu hoch. Laut Vorsorgeexperten wäre mathematisch ein Umwandlungssatz von 5 Prozent oder darunter angebracht. Trotzdem ist die Lage in der Praxis

ausgestaltet sein. Versicherte höherer Altersguthaben aus Pensionskassen sollen keine Kompensation erhalten.

Diese Kompensationen für die insgesamt mehr als 11 M. Franken kosten dürfen, sollen betroffenen Pensionskassen ausstellungen und zusätzlichen Löhnen bei den noch Erwerbstätigen zuzurechnen. Es entsteht dann neue Dimension der Umverteilung Erwerbstätigen zu Rentnern. 1 sitzlichen Abzüge sollen zunic 15 Jahre beschränkt sein, doch eine längerung ist nicht auszuschliessen.

■ **Eintrittsschwelle und Kocionsabzug: Teilzeit- und Mehr Beschäftigte sollen besser versichert werden.** Als drittes wichtiges Element ist die BVG-Reform Personen niedrigeren Einkommen und IT beschäftigte besser in die berufliche Vorsorge einbinden. Das obligato Zwangsparien in der zweiten Säule auch für sie ausgebaut werden – schliesslich geht es ja nicht zuletzt darum diese Personen im Alter selber ein nützendes Auskommen haben und normalen Umständen nicht der Mehrheit zur Last fallen müssen.

Damit jemand derzeit in der beruflichen Vorsorge versichert ist, mu oder sie bei einem Arbeitgeber e Jahreslohn von mindestens 22 050 F ken (Stand 2023) erzielen. Man spricht von der sogenannten «Einkommenschwelle». Diese senkt die Lohnkosten für Geringverdienende. Während der Nationalrat diese auf dem zeitigen Stand halten will, will sie

Die höhere Lebenserwartung und die im vergangenen Jahrzehnt sehr niedrigen Zinsen setzen die Kassen unter Druck.

Schweiz Hohe Volkshürde für die Rentenreform

Im Parlament bahnt sich eine Einigung zur beruflichen Vorsorge an – doch ein Scheitern an der Urne ist gut möglich



Bundesrat Alain Berset setzt sich bei der Urnengang im November für die Reform der beruflichen Vorsorge ein.

Die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG) beherrscht Bundesberlin. Zum Ende der bis 17. März dauernden Frühjahrsession soll sie nach jahrelanger Seilziehen verabschiedet werden. Bei der Neuordnung geht es um die Rahmenbedingungen für die Schweizer Pensionskassen. Die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung, die im vergangenen Jahrzehnt sehr niedrigen Zinsen sowie der politische Reformstau setzen die Kassen unter Druck.

Vergleichsweise gibt es keine gesteuerten Kapitalanlagen, so dass die meisten Pensionskassen in einer Mischform investiert sind. Neben Aktien und Anleihen sind auch Immobilien, Kunstwerke und andere Vermögensgegenstände im Portfolio. Die Reform soll die Anlagestrategien der Pensionskassen besser steuern und die Renditeerwartungen erhöhen.

Die höhere Lebenserwartung und die im vergangenen Jahrzehnt sehr niedrigen Zinsen setzen die Kassen unter Druck. Die Reform soll die Anlagestrategien der Pensionskassen besser steuern und die Renditeerwartungen erhöhen.

Die neue Umverteilungsklausel von Jung zu Alt und von oben nach unten sind so gut gestrickt, dass Normalbürger die Zusammenhänge kaum durchschauen könnten.

Die Laibe sollte nach zwei Dritteln der Volkswirtschaft in der AHV und zuzurechnen Lohnbeiträge für alle Erwerbenden. Die Kapitalrenten sind die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner. Die Kapitalrenten sind die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner.

Die Laibe sollte nach zwei Dritteln der Volkswirtschaft in der AHV und zuzurechnen Lohnbeiträge für alle Erwerbenden. Die Kapitalrenten sind die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner. Die Kapitalrenten sind die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner.

Der Gastronomie liegt die Rentenreform auf dem Magen

Auch andere Tieflohn-Branchen stossen sich am Koordinationsabzug

Bei der Pensionskassenreform setzt das Parlament zum Schlusspunkt an. Und es hölpert auf den letzten Metern noch mal kräftig. «Was derzeit auf dem Tisch liegt, wird für unsere Branche wahrscheinlich leuer», sagte Bauernverbandspräsident und Mittelnationalrat Markus Ritter (55, SG) kürzlich zu Blick. «Die Unzufriedenheit ist in verschiedenen Tieflohnbranchen gross.»

Gestern hat der Vorstand des Bauernverbandes nun entschieden, dass er die Vorlage in der Schlussabstimmung zur Ablehnung empfiehlt. Dies, sofern in der Differenzbereinigung der beiden Kammern nächste Woche kein Umkleken stattfindet.

Der aktuelle Vorschlag würde in der Landwirtschaft nämlich zu Mehrkosten für die berufliche Vorsorge von rund 70 Prozent führen – ein Plus von 30 Millionen Franken.

Die Laibe sollte nach zwei Dritteln der Volkswirtschaft in der AHV und zuzurechnen Lohnbeiträge für alle Erwerbenden. Die Kapitalrenten sind die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner. Die Kapitalrenten sind die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner.

höher wird die versicherte Lohnsumme, auf welche Arbeitgeber und Arbeitnehmende Beiträge bezahlen müssen.

National- und Ständerat haben sich nämlich auf einen flexiblen Abzug von 20 Prozent geeinigt. Eine Variante, bei der das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr stimmt. «Der Weg, den Sie jetzt einschlagen, bedeutet eine massive zusätzliche

Belastung von 10 Millionen Franken», insgesamt mit jährlich 250 Millionen. «Sie üben Erachten stark und die für ganz viele nicht tragbar», Solche Mehrkosten in den eigenen durchbringen.

Der Wind, welcher der Pensionskassenreform entgegenschlägt, ist ein rauer. Gewerkschaften und SP kommunizieren zugleich, die Reform führe zu mehr Kosten und tieferen Renten. Nach dem Sozialdemokraten haben auch die Gewerkschaften das Referendum angekündigt.

Der Hintergrund: Der Nationalrat hat gestern wichtige Entscheide gefällt und die Reform schon fast beschlossen. Für tiefere Einkommen soll künftig ein grösserer Teil des Lohnes versichert werden. Das kostet zwar Unternehmen und Angestellte etwas, doch schlecht verdienende Erwerbstätige profitieren, weil sie eine bessere Rente erhalten –

Höhere Renten für Bäuerinnen

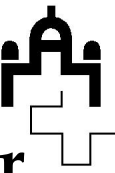
Bäuerinnen wollen eine zweite Säule, den Männern ist das zu teuer. Der Streit ist exemplarisch für die Reform.

Anna Wanner
Der Wind, welcher der Pensionskassenreform entgegenschlägt, ist ein rauer. Gewerkschaften und SP kommunizieren zugleich, die Reform führe zu mehr Kosten und tieferen Renten.

Nächstes Parlament letzten Debüerlich dürfte es am Ende durch die Abstimmung FDP, GLP, der Vorlastzustimmung SVP, wie Thomas A. «Unsere die Vorlast abstimmen das haben stimme begen Beschli das Volk und Gewerkschaften angekündigt

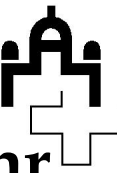
«Wir fordern, dass diesen Worten nun Taten folgen.»
Bäuerinnen wollen adäquate Altersvorsorge aufbauen können. Doch die Frauen gemacht. Auch wenn diese ausserhalb des Hofes ein zweites Standbein haben, sind sie häufig nicht fürs Alter abgesichert. Anne Chalandes, Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands, hat sich darum in einem Brief ans Parlament gewandt und die Politikerinnen und Politiker an ihre Versprechen der AHV-Reform erinnert: Die Pensionskassenrenten der Frauen endlich zu verbessern. «Wir fordern, dass diesen Worten nun Taten folgen», verlangt der Verband, der rund 50 000 Bäuerinnen in der Schweiz vertritt.

Statement des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands
Kommentar 5. Seite



Eine Initiative fordert eine 13. AHV-Rente die andere Rentenalter 66. Der Ständerat lehnt beide Vorlagen ab.

- Der Gewerkschaftsbund hat die Unterschriften gesammelt für eine Volksinitiative zur Einführung einer 13. AHV-Rente (22.043). Eine Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass die jährlichen Ausgaben der AHV stark ansteigen würden. Die Mehrausgaben würden im Jahr 2032 rund 5 Milliarden Franken erreichen. Zusätzliche Ausgaben in dieser Höhe würden die finanziellen Herausforderungen der AHV, die aufgrund der steigenden Lebenserwartung sowie des Übertritts der «Babyboom»-Generation ins Rentenalter bereits bestehen, noch verschärfen. Bereits unter der geltenden Ordnung ist für die AHV bis ins Jahr 2032 von einem Umlagedefizit von jährlich bis zu 4,7 Milliarden Franken auszugehen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte die Vorlage in beiden Räten klar ab. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 3. März 2024 statt.
- Die Renteninitiative (22.054) fordert Rentenalter 66 und eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Einerseits wären die Auswirkungen auf die finanzielle Lage der AHV positiv: Bei einer schrittweisen Erhöhung des Rentenalters wäre zu erwarten, dass Männer und Frauen länger auf dem Arbeitsmarkt bleiben und dementsprechend länger Beiträge bezahlen. Die Ausgaben der AHV würden deshalb abnehmen und die Einnahmen aus den Beiträgen höher ausfallen. Andererseits ist die Initiative überladen (Rentenalter 66 und Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung) und sie kommt zur Unzeit (Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre bis Ende 2027 und angekündigtes Referendum der Gewerkschaften gegen die BVG-Reform). Der Ständerat hat die Vorlage mit 30 gegen 11 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt. Sie kommt nun in den Nationalrat.



Die Mitte-Partei gibt im Ständerat den Ausschlag, dass die von ihr geforderte Teuerungserhöhung bei der AHV wieder beerdigt wird.

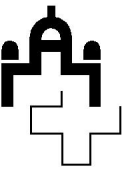
- Mit der Motionen 22.3792 forderten beide Räte einen «sofortigen Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten». Dies obwohl der Bundesrat die Ablehnung der Motion mit folgender Argumentation beantragte: „Dass das Lohnniveau weniger rasch ansteigt als das Preisniveau, dürfte eine Ausnahme bleiben. Daher ist es nicht angezeigt, vom bestehenden Grundsatz abzuweichen oder gar eine sofortige Gesetzesanpassung in diesem Sinne zu veranlassen.“
- Die dringliche Gesetzesvorlage «AHV-Gesetz: Anpassung der Renten an die Teuerung» wurde am 22. Februar 2023 an die Bundesversammlung überwiesen.
- Am 1. März lehnte der Nationalrat mit 97 zu 91 Stimmen und am 2. März der Ständerat mit 21 zu 20 Stimmen die Vorlage ab. Diese ist somit beerdigt.

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		16	52	29			97
- Nein / non / no	36				26	30	92
= Enth. / abst. / ast.					1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					2		2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2		3		2		7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes	1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (Nichteintreten)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Loehr (Eintreten)

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	20
- Nein / non / no	21
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non participa al voto	1

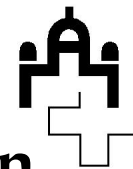
Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (Eintreten)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Kuprecht (Nichteintreten)



Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat der «Agrarpolitik ab 2022» (AP22+) zu

- Vor knapp zwei Jahren legte das Parlament die Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) auf Eis und verlangte eine Langzeitperspektive für die Landwirtschaft inkl. Ernährungssicherheit und Food Waste.
- Der Nationalrat stimmte nun den Änderungen im Landwirtschaftsgesetz mit 129 zu 1 Stimme und 65 Enthaltungen von SP, Grünen und GLP zu. Diese Beschlüsse bilden die zweite Etappe der Umsetzung der AP22+. Der erste Schritt waren bereits beschlossene Massnahmen für weniger Risiken durch Pestizide, die derzeit umgesetzt werden und schärfere Auflagen bringen. Die dritte Etappe soll eine tiefer gehende Reform ab 2030 sein. Im Fokus soll dann das gesamte Ernährungssystem stehen.
- Eine der Voraussetzungen für Direktzahlungen an Landwirte ist neu der persönliche Sozialversicherungsschutz für regelmässig im Betrieb mitarbeitende Personen. Das können zum Beispiel Ehegatten sowie Lebenspartner sein. Geeinigt haben sich die Räte auch auf die vom Bundesrat beantragte Regelung der Verbandsbeschwerde bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Anträge für weitere ökologische Anliegen fanden praktisch kein Durchkommen. Ins Landwirtschaftsgesetz kommen weder ein Absenkpfad für Treibhausgase noch ein Ausbaupfad für mehr Tierwohl.





Der Nationalrat will sich zunehmend in die Aussenpolitik, die in der Kompetenz des Bundesrates liegt, einbringen

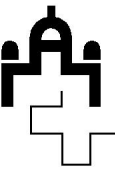
- Mit der Erklärung 23.020 versucht der Nationalrat Einfluss auf den Iran zu nehmen: *«Der Nationalrat, ... bestürzt über die Menschenrechtsverletzungen, und insbesondere die Frauenrechtsverletzungen, die das iranische Regime zu verantworten hat; ... verurteilt die exzessive Gewalt der Regierung der Islamischen Republik Iran gegen die iranische Zivilbevölkerung und insbesondere die öffentliche Hinrichtung von Demonstrierenden aufs Schärfste; fordert einen sofortigen Stopp der staatlichen Brutalität gegen Demonstrierende, die Freilassung aller politischer Gefangenen, die Abschaffung der Todesstrafe sowie die Durchführung genuin demokratischer Wahlen im Iran; ... fordert den Bundesrat auf, alle von der Europäischen Union verhängten Sanktionen gegen den Iran zu übernehmen und dabei der grossen Verantwortung der Schweiz als global wichtiger Finanz- und Rohstoffhandelsplatz gerecht zu werden.»*
- Mit der Motion 22.4278 wird *«der Bundesrat beauftragt, Massnahmen soweit sinnvoll und angemessen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen. Zudem wird der Bundesrat beauftragt, die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes vollständig zu übernehmen.»*

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	M-CEB	Tot.
+ Ja / oui / si		36	14			28	29		107
- Nein / non / no				48	23				71
= Enth. / abst. / ast.				1	4				5
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1			1	1			3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	6	1		1	1	13
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (Annahme der Erklärung)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Nidegger (Ablehnung der Erklärung)

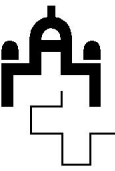
	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		37	12		2	24	30	105
- Nein / non / no				50	15			65
= Enth. / abst. / ast.					4			4
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1			1		2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	3	5	8	5		23
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (Annahme der Motion)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Nidegger und des Bundesrates (Ablehnung der Motion)



Einmal mehr verhindert Mitte-Links Verschärfungen im Asylbereich

- Das Schweizer Asylsystem ist gescheitert: Es kommen zu viele und die falschen Personen in unser Land. 2022 gingen 24'511 Gesuche ein – das sind 64,2% mehr als im Vorjahr. Für 2023 rechnet der Bund sogar mit bis zu 40'000 neuen Asyl-Gesuchen. Die meisten Asylanten sind keine Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes, sondern Asyl-Migranten, die unser System ausnutzen. Obwohl sie keine Asylgründe haben, kann die Mehrheit von ihnen mit dem verlogenen Status der vorläufigen Aufnahme hierbleiben. Mittlerweile leben fast 45'000 vorläufig Aufgenommene in der Schweiz. Täglich werden es mehr.
- Hinzu kommen die illegal Eingereisten: 2022 waren es über 52'000 Personen. Die meisten von ihnen sind untergetaucht. Auch hier ist die Kontrolle völlig entglitten.
- Die SVP fordert vom Bundesrat, dass er das Asyl-Chaos endlich beendet und insbesondere bei der illegalen Migration wieder zu rechtsstaatlichen Prinzipien zurückkehrt. In den folgenden fünf Motionen forderte die SVP-Fraktion Massnahmen gegen die illegale Migration:
 - Motion 21.3488 «Behördliche Meldepflicht ausbauen»
 - Motion 21.3490 «Kosten von illegalen Migranten der Wohnsitzgemeinde auferlegen»
 - Motion 21.3491 «Keine "City-Card" für illegale Migranten»
 - Motion 21.3492 «Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren»
 - Motion 21.3493 «Für eine kohärente Praxis bei illegalen Migranten»
- Einmal mehr verhindert die Mitte-Links-Mehrheit die dringend nötigen Verschärfungen im Asylbereich.



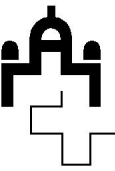
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/15): Schweiz-EU

**Nein zur
unverzöglichen
Aufnahme von
Verhandlungen
mit der EU**

**Keine
Massnahmen für
sofortige
Horizon-
Assoziierung**

**Kein Referen-
dumsrecht bei
Milliardenzah-
lungen an die EU**

- Die linksgrünen Kreise der aussenpolitischen Kommission fordern mit einer Motion (22.4277), dass die Schweiz unverzüglich Verhandlungen mit der EU über einheitliche institutionelle Regeln für bestehende und zukünftige Abkommen über die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt führt. Der Bundesrat soll bis Ende 2023 das angepasste Binnenmarkt-Abkommen der Bundesversammlung vorlegen. Der Nationalrat widersetzte sich dieser Zwängerei am 9. März und lehnte die Motion mit 98 (55 SVP) zu 90 Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt. Die Motion ist somit erledigt.
- Linksgrüne Kreise in der aussenpolitischen Kommission fordern den Bundesrat zum dringlichen Handeln zugunsten der Assoziierung der Schweiz an EU-Forschungsprogrammen auf. Der Bundesrat soll Massnahmen ergreifen, damit die Schweiz umgehend an verschiedenen EU-Forschungsprogrammen teilnehmen kann, unter anderem durch die Erhöhung des Schweizer Kohäsionsbeitrags, welche die Schweiz zum Aufbau strukturschwacher Regionen in der EU zahlt. Der Nationalrat nahm die Motion in der Sommersession 2022 mit Stichentscheid der Präsidentin an. Der Ständerat lehnte den Vorstoss nun mit 31 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab, der Vorstoss ist somit erledigt.
- Ein Vorstoss (21.4155) von SVP-Nationalrat Addor fordert ein Referendumsrecht bei Zahlungen von Geldern an Osteuropäische Staaten im Rahmen von EU-Verträgen. Der Nationalrat stimmte jedoch gegen dieses demokratische Recht und lehnte den Vorstoss mit 138 zu 54 Stimmen ab. Nur die SVP stimmte für den Antrag.



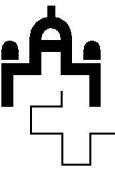
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/15): Migrations- und Aussenpolitik

**Zuwanderung:
Umgehung der
Drittstaaten-
Kontingentierung**

- Gegen den Willen der SVP beschliesst der Nationalrat mit 135 zu 51 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Aufenthalt von Ausländern weiter zu erleichtern (22.067). Künftig werden Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss nicht mehr an die Drittstaaten-Kontingente angerechnet. Dies ist ein krasser Verstoss gegen den Artikel 121a der Bundesverfassung. Gleichzeitig nähert sich die Schweiz mit grosser Geschwindigkeit der 10-Millionen-Einwohner-Marke. Da Geschäft geht nun in den Ständerat.

**Vermehrter
Einbezug des
Privatsektors in
der
Entwicklungs-
zusammenarbeit**

- Eine Motion (22.3534) fordert, die Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit für die Jahre 2025-2028 dahingehend zu priorisieren, dass der Fokus auf dem lokalen Privatsektor der Partnerländer liegt. Das Ziel ist es, in den Partnerländern nachhaltige Entwicklungsarbeit zu leisten, indem die lokalen Partner vermehrt in die Verantwortung genommen werden. Der Ständerat stimmte dem Vorstoss bereits in der Herbstsession zu. Nun hat auch der Nationalrat am 9. März die Motion mit 116 zu 61 und 1 Enthaltung an. Der Bundesrat, wird, wie bereits im Vorfeld von ihm verkündet, in der weiteren Planung der Entwicklungszusammenarbeit den verstärkten Einbezug des Privatsektors in seiner nächsten vier-Jahres Planung der Entwicklungszusammenarbeit miteinflussen lassen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/15): Sicherheitspolitik I

Armeeinsatz zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Meldung von Cyberangriffen innerhalb von 24 Stunden

Information über nächsten Schutzraum

- Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen und des Fachkräftemangels beantragte das Bundesamt für Migration (SEM) Hilfe von der Armee. Neben Armeeunterkünften wird nun auch der Einsatz von Soldaten zugunsten der Flüchtlingshilfe gefordert (23.018). Damit verabschiedet sich die Schweizer Armee weiter von ihrem Kernauftrag, der Verteidigung, zugunsten von sozialen Hilfsaufträgen, welche eigentlich durch Zivildienst und Zivilschutz gestemmt werden müsste. Der Ständerat genehmigte den befristeten Armeeinsatz bis zum 31. März am 1. März mit 33 zu 5 Stimmen. Der Nationalrat folgte am 6. März mit 132 zu 52 (alle SVP) Stimmen, die SVP stand als einzige Partei gegen diese Verschmelzung von nicht-militärischen und militärischen Aufgaben.
- Unternehmen sollen neu dazu verpflichtet werden, Cyberangriffe und Schwachstellen in der Sicherheitsarchitektur ihrer IT-Systeme binnen 24 Stunden zu melden (22.073). Die SVP argumentierte alleine für eine Lösung, welche die Meldefrist auf 72 ausdehnen wollte und die Sanktionierung von Unternehmen abschafft, welche nicht innerhalb dieser gesetzten Frist solche Vorkommnisse melden. Der Nationalrat nahm das Gesetz mit 132 zu 55 (54 SVP) Stimmen an, es geht nun in den Ständerat.
- Die Bevölkerung der Schweiz soll von ihren Wohngemeinden darüber informiert werden, wo sich der nächste Schutzraum für den Katastrophenfall befindet. Auch soll die Qualität und die Ausstattung dieser Schutzräume überprüft werden. Der Nationalrat nahm den Vorstoss (22.3662) mit Unterstützung der SVP am 16. März mit 136 zu 41 Stimmen und 6 Enthaltungen an.

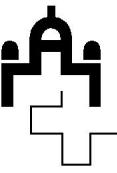


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/15): Sicherheitspolitik II

**Kosovo-Einsatz
bis 2028
verlängert**

**Mittels
Massnahmen
beim Zivildienst
den
Armeebestand
stärken**

- Seit 1999 ist die Schweizer Armee Teil des NATO-Militärkontingents im Kosovo. Dieses Mandat sollte Ende 2023 auslaufen. Nun beantragt der Bundesrat (22.072) das Mandat bis 2026 zu verlängern und das Kontingent im Bedarfsfall um 30 Soldaten auf insgesamt 225 Soldaten zu verstärken. Jährlich werden dann 51,2 Millionen Franken, welche aus dem ordentlichen Armeebudget stammen für diesen Einsatz aufgewendet. Der Ständerat stimmte einer Verlängerung des Mandats am 1. März mit 33 zu 2 Stimmen und 2 Enthaltungen zu.
- Mit einer Motion (22.3055) griff Nationalrat Hurter die zahlreichen Wechsel von der Armee in den Zivildienst auf. Die Motion fordert, dass der Bundesrat Massnahmen ergreift, welche dazu führen, dass der Zivildienst für bereits eingeteilte Armeeangehörige unattraktiver wird. Konkret wird darin gefordert: Dass jeder Armeeabgänger weiterhin mindestens 150 Dienstage im Zivildienst zu leisten hat; dass der Faktor der noch zu leistenden Diensttagen auch bei Unteroffizieren und Offizieren bei 1.5 liegt (Pro ausstehendem Tag Dienstpflicht in der Armee werden 1.5 Tage Dienstpflicht im Zivildienst fällig); dass Zivildienst nicht mehr in Bereichen erfolgen kann, welche ein medizinisches Studium erfordern; dass Armeeangehörige mit 0 Restdiensttagen nicht mehr umgeteilt werden können; dass eine jährliche Einsatzpflicht ab erfolgter Umteilung in den Zivildienst eingeführt wird. All diese Massnahmen wurden notwendig, da zu viele Armeeangehörige in den Zivildienst wechseln und dadurch die Bestände der Armee gefährdet werden. Auslöser dieses Problems war die 2009 abgeschaffte Gewissensprüfung für den Übertritt von Armee in den Zivildienst. Die SVP konnte sich mit ihrer Motion im Nationalrat bereits in der Herbstsession 2022 durchsetzen, nun ist auch der Ständerat gefolgt.



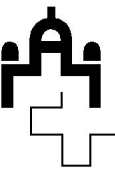
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/15): Landwirtschaft

**Stärkung der
Schweizer
Gemüse-
produktion unter
Einbezug der
Grosshändler**

- Nachhaltigkeitsziele oder eine erhöhte Ernährungssicherheit lassen sich nicht durch den ungeschützten Import von Billiggemüse erreichen, während das inländische Gemüse aus Preisgründen nicht den Weg in die Verkaufsregale findet. Dieser Argumentation folgend, beschloss der Ständerat einstimmig, die einheimische Gemüseproduktion zu stärken (22.3928). Damit würde den inländischen Produktionsperioden vermehrt Rechnung getragen. Der Nationalrat hat dem Vorstoss nun mit 111 zu 69 Stimmen bei 8 Enthaltungen ebenfalls zugestimmt. Jedoch befand der Nationalrat – entgegen der Minderheit von SVP-Nationalrat Dettling, dass nicht nur die Gemüseproduzenten, sondern auch der Handel bei der Diskussion über die lokalen Gemüseproduktion einbezogen werden muss.

**Zwangskurse für
Hobby-Gärtner
abgewandt**

- Die linksgrüne Verbotskultur zielt auch auf Hobby-Gärtner. Eine Motion von Ständerätin Graf (20.4579) fordert ein Verbot von toxischen Pflanzenschutzmitteln für die nichtberufliche Anwendung. Im Nationalrat wurde das Verbot in ein Obligatorium, Fachkurse zu besuchen, gegen den Willen der SVP umgewandelt. Der Ständerat hat diese Textänderung beraten und einstimmig abgelehnt. Das Anliegen sei bereits mit einer zwischenzeitlichen Verschärfung der Pflanzenschutzmittelverordnung erreicht worden, da nichtberufliche Verwender Pflanzenschutzmittel mit einem besonders grossen Schadenspotential gar nicht mehr erwerben können.

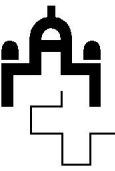


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/15): Umweltpolitik

Mehr Geld für
«Globale Umwelt
2023-2026»

Littering
Sensibilisie-
rungs- und
Präventions-
kampagne

- Bundesrat und Parlament wollen in den Jahren 2023 bis 2026 mehr Geld ausgeben für weltweite Umweltmassnahmen (22.060). Der Nationalrat hat am Mittwoch als Zweirat einen Verpflichtungskredit von rund 198 Millionen Franken gutgeheissen. Mit 138 zu 53 Stimmen und 1 Enthaltung folgte die grosse Kammer dem Antrag der Mehrheit der Umwelt- respektive der Finanzkommission. Der bewilligte Betrag ist knapp 50 Millionen Franken höher als jener der Jahre 2019 bis 2022. Im Nationalrat wollten SVP und FDP ihn auf der Höhe der Periode 2019 bis 2022 belassen, also bei rund 148 Millionen Franken.
- Der Nationalrat hat mit 119 zu 62 Stimmen bei 14 Enthaltungen eine Motion (21.3077) angenommen, welche in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine nationale Informations- und Sensibilisierungskampagne über die Gefahren und Folgen von Littering (Abfälle in der Natur) fordert. Die Motion von SVP Nationalrat Grin sensibilisiert auf die Folgen von Sagex, Plastik, Früchte- und Gemüsenetze, Aluminiumdosen, Nägel und Glas hin, wenn diese von (Nutz-)Tieren gegessen werden. Die Motion geht nun an den Ständerat.



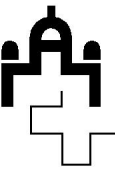
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/15): Bundesfinanzen

„Schulden-
wachstum nicht
grösser als
Wirtschafts-
wachstum“
abgelehnt

Finanzkom-
mission fordert
staatliche
Aufgaben-
überprüfung

Ja zur
Einführung des
Verordnungs-
vetos

- Dieser Vorstoss der SVP-Fraktion (22.458) wollte in Zeiten der zunehmend laschen Finanzpolitik die Schuldenbremse zugunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler optimieren. Die Schuldenbremse sollte dahingehend ergänzt werden, dass das Ausgabenwachstum über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht grösser als das Wirtschaftswachstum hätte sein dürfen. Eine Koppelung sollte ausdrücklich vermieden werden, die Ergänzung war als Obergrenze gedacht. Der Nationalrat versenkte den Vorstoss gegen den Willen der SVP mit 137 zu 53 Stimmen.
- Die Finanzkommission des Ständerats hat die ernste Lage, in der sich die Bundesfinanzen befinden, erkannt und eine Kommissionsmotion (22.4273) lanciert. Darin wird der Bundesrat beauftragt, eine Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen in die Wege zu leiten. Dabei sollen alle gebundenen und ungebundenen Ausgaben einer Überprüfung unterzogen werden. Parallel dazu sind auch die Personalaufwände zu prüfen. Die Vorlage wurde vom Ständerat oppositionslos angenommen und geht nun weiter an den Nationalrat.
- Der Nationalrat möchte ein Veto gegen Verordnungen des Bundesrates einführen. Mit 117 zu 70 Stimmen bei 1 Enthaltung gibt er einer parlamentarischen Initiative (21.431) Folge, die einen solchen Mechanismus einführen möchte. Das Parlament soll einen Verordnungsentwurf des Bundesrates ablehnen können, wenn dieser offensichtlich nicht den Anforderungen des übergeordneten Rechts oder den Erwartungen der Legislative entspricht. Um die verfassungsmässige Aufgabenteilung zu respektieren, soll das Parlament die Verordnungen jedoch nicht ändern können, sondern sie einfach en bloc an den Bundesrat zurückweisen. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/15): Werkplatz und Tourismus

**Staatlicher
Benzin-
Preisrechner
verworfen**

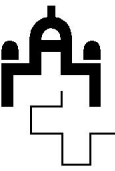
- Die mögliche Einführung einer staatlichen App, welche jeweils die günstigsten Anbieter von Treibstoffen zeigt, sorgte bereits in Vergangenheit für Diskussionen. Inzwischen ist eine Anwendung des Touring Club Schweiz in Betrieb, bei welcher sich Tankstellen freiwillig eintragen können. Somit können die Konsumenten die Benzinpreise in ihrer Region einfach vergleichen. Da das Anliegen grundsätzlich erfüllt ist, hat der Nationalrat die Motion (22.3804) mit 95 zu 81 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Auch die SVP lehnte den unnötigen staatlichen Eingriff ab.

**Grenzgänger
sollen
ausländisches
Privatfahrzeug
nutzen dürfen**

- Nach dem Ständerat unterstützte auch der Nationalrat eine Forderung (22.4122), dass Fahrten von Grenzgängern und Wochenaufenthaltern mit im Ausland registrierten und verzollten Privatfahrzeugen zur geschäftlichen Nutzung im Rahmen ihrer Anstellung in der Schweiz zulässig werden. Somit sollen sich die Grenzgänger, z.B. im Baugewerbe, mit ihrem Privatfahrzeug im Rahmen der Erbringung ihrer Dienstleistung frei von Kunde zu Kunde bewegen können. Die Motion wurde mit 137 zu 44 Stimmen angenommen. Die SVP lehnte diese mehrheitlich ab.

**Mehr Geld für
den Tourismus**

- Nach dem Ständerat unterstützte auch der Nationalrat eine Tourismusvorlage (22.051), welche es erlaubt, Bundessubventionen in der Höhe von bis zu 70 Prozent der Gesamtkosten zu beantragen. Damit sollen auch Projekte gefördert werden, welche aufgrund der Corona-Pandemie verzögert wurden. Diese Forderung wurde mit 158 zu 26 Stimmen bei 4 Enthaltungen in der grossen Kammer angenommen. Gleichzeitig wurde ein Zusatzkredit für die Tourismusförderung in der Höhe von 5 Millionen Franken für die Jahre 2020-2023 bewilligt (mit 164 zu 24 Stimmen bei 1 Enthaltung).



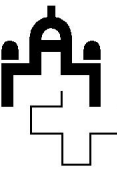
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/15): Verkehrspolitik

Verlängerung der
Subventionen an
die „Rollende
Landstrasse“

Neues LSVA-
Erhebungss-
system

Vorstoss für
Gratis-ÖV
abgelehnt

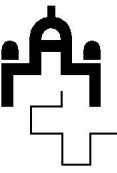
- Im Rahmen des Verlagerungsberichts 2021 hat der Bundesrat im letzten November vorgeschlagen, die Rollende Landstrasse (RoLa) noch ein letztes Mal bis Ende 2028 mit jährlich rund 20 Millionen Franken zu fördern. Die finanzielle Unterstützung der RoLa (22.064) war stets nur als Anschub- respektiv Übergangsfiananzierung gedacht, das Angebot konnte sich aber nie als rentable Alternative zum unbegleiteten kombinierten Verkehr durchsetzen. Der Nationalrat entschied sich dennoch in zwei Abstimmungen für die Fortführung der Subventionierung bis 2028. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
- Das bisherige LSVA-Erhebungssystem erreicht im Jahr 2024 sein technisches Lebensende und muss erneuert werden. Dazu beantragt der Bundesrat einen über den Zeitraum von zehn Jahren veranschlagten Verpflichtungskredit von insgesamt 515 Mio. Franken für die Angleichung an den «European Electronic Toll Service» EETS (22.059). National- und Ständerat haben das Geschäft in der Schlussabstimmung angenommen.
- Die Genfer Grünen-Nationalrätin Prezioso-Batou wollte die Möglichkeit zur Gratisbenützung des öffentlichen Verkehrs in die Verfassung schreiben (22.411). Mit diesem extremen Vorschlag hätten wir uns gänzlich von einem marktwirtschaftlichen Verkehrssystem verabschiedet. Für die SVP ist in diesen Fragen klar: Was nichts kostet ist auch nichts wert. Nutzerinnen und Nutzer von Mobilitätsangeboten müssen ihren Beitrag zur Finanzierung leisten. Die Kosten für die Steuer-zahler sind tief zu halten. Die Vorlage wurde vom Nationalrat mit 126 zu 61 Stimmen versenkt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/15): Sozialversicherungen

**Keine höheren
Steuerabzüge für
die private
Altersvorsorge**

- Eine Initiative von SVP-Nationalrat Hess (20.494) verlangt, dass die Steuerabzüge für Einzahlungen in die Säule 3a erhöht werden. Nach seinem Vorschlag sollen neu bis zu 15'000 CHF für Privatpersonen abgezogen werden und bis zu 45'000 für Selbständigerwerbende. Der Nationalrat gab der Initiative noch in der Frühjahrsession 2022 Folge. Der Ständerat gab der Initiative nun mit 28 zu 8 Stimmen keine Folge.



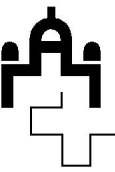
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/15): Gesundheitspolitik

**Nationalrat will weiterhin
Gegenvorschlag
zur Prämien-
Entlastungs-
Initiative**

**Abkommen zur
sozialen
Sicherheit mit
Albanien**

**Kein nationaler
Mutterschafts-
urlaub vor
Geburt**

- Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative verlangt, dass die Prämienverbilligungen in jedem Kanton einem Mindestprozentsatz seiner Gesundheitskosten entsprechen sollen. Der Nationalrat stimmte in der Sommersession 2022 dem indirekten Gegenvorschlag. Der Ständerat lehnte das Eintreten auf den indirekten Gegenvorschlag wegen der finanziellen Mehrbelastung der Kantone in der Wintersession 2022 ab. Nun hat der Nationalrat mit 106 zu 79 (50 SVP) Stimmen und 1 Enthaltung erneut für das Eintreten auf den Gegenvorschlag gestimmt. Das Geschäft geht nun nochmals zurück an den Ständerat.
- Das Abkommen zwischen der Schweiz und Albanien (22.057) gewährleistet eine weitgehende Gleichbehandlung der Versicherten bei den Sozialversicherungen. Es fehlt jedoch die Berücksichtigung der Kaufkraft-Differenzen in den Vertragsstaaten, was den Export von Schweizer Sozialversicherungsleistungen begünstigt. Die SVP-Fraktion sprach sich deshalb gegen das Abkommen aus. Nach dem der Nationalrat bereits in der Wintersession 2022 zustimmte, folgte am 14. März der Ständerat, und stimmte dem Abkommen mit 34 zu 4 Stimmen ebenfalls zu.
- Die SP fordert einen Mutterschaftsurlaub vor Geburt des Kindes (21.3155). Konkret sollen werdende Mütter vor der Niederkunft 3 Wochen Anrecht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub erhalten, welche durch die Erwerb ersatzordnung abgedeckt wird. Ein entsprechender Vorstoss wurde mit 107 (51 SVP) zu 73 Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.



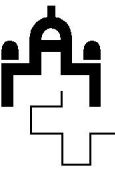
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/15): Finanzplatz

**Schutz des
Börsenplatzes
vor EU-
Diskriminierung**

- 2018 wollte die EU die Schweiz zwingen, den Rahmenvertrag zu unterschreiben. Die EU hat dann die Anerkennung der Börsenäquivalenz der Schweiz ab Juli 2019 gestoppt, was den Finanzplatz Schweiz negativ beeinträchtigt hätte. Der Bundesrat hat damals den Spiess umgedreht und mittels Anwendung von Notrecht, gestützt auf die Bundesverfassung, Gegenmassnahmen beschlossen. Diese beinhalten ein Verbot ausländischer Handelsplätzen, bestimmte Aktien Schweizer Gesellschaften zu handeln, wenn diese die Anerkennung der Börsenäquivalenz der Schweizer Handelsplätze nicht garantieren. Das Notrecht wurde vorerst auf dem Verordnungsweg befristet beschlossen. Dieses lief aus, eine gesetzliche Basis wurde notwendig. Nachdem der Ständerat die Gesetzesänderung (22.050) bereits in der letzten Wintersession einstimmig unterstützte stimmte nun auch der Nationalrat einstimmig zu.

**Pressefreiheit
vor
Bankkunden-
geheimnis**

- Der Vorstoss aus der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben fordert vom Bundesrat eine Prüfung der aktuellen Gesetzgebung zur Gewährleistung der Pressefreiheit in Finanzplatzfragen. Gegebenenfalls sollen Änderungen im Bankengesetz vorgenommen werden, damit die Pressefreiheit nicht durch das Bankkundengeheimnis beeinträchtigt werden kann, wenn die Medienarbeit in gutem Glauben erfolgt. Dieser Angriff auf das Bankkundengeheimnis wurde nicht nur von Linksgrün sondern auch von der FDP unterstützt. Die Vorlage (22.4272) wurde vom Nationalrat mit 113 zu 78 gegen den Willen der SVP angenommen. Die Motion geht nun zum Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/15): Steuern und Abgaben

Freiwillige Quellensteuer für Angestellte?

- Bereits heute tätigen viele Steuerzahler eigenverantwortlich und regelmässig Banküberweisungen an die kantonalen Steuerverwaltungen. Damit antizipieren sie ihre Steuerschuld. Dies ging der Mehrheit des Nationalrates zu wenig weit. Dieser entschied mit 96 zu 88 Stimmen bei 6 Enthaltungen einer Initiative (22.439) Folge zu geben, dass alle Angestellten die Möglichkeit erhalten sollen, ihre Steuerschuld über eine Quellensteuer entrichten zu können. Abgesehen von dem immensen Mehraufwand für die Arbeitgeber und Verwaltung bei der Einführung einer generellen Quellensteuer, ist es fraglich, dass die erhoffte Steigerung der Zahlungsmoral von Steuerzahlern effektiv erfolgt.

Besteuerung von E-Zigaretten

- Der Bundesrat präsentierte eine Vorlage (22.069), um E-Zigaretten gemäss ihrem Risikopotential in Bezug auf mögliche Gesundheitsschäden zu besteuern. Die Mehrheit des Parlaments forderte zuvor die Einführung einer solchen zweckmässigen Steuer, wobei die Höhe der Steuer das Risikopotential von E-Zigaretten abbilden sollte. Bei der Festlegung der Höhe der Steuer argumentierte der Bundesrat jedoch, dass die Steuer aufgrund der sonst ausbleibenden Ergiebigkeit fast doppelt so hoch, als zuvor gemäss Risikopotential eruiert, zu liegen kommen müsse. Vergeblich argumentierte die Minderheit unter der Führung von Ständerat Germann, dass die Ergiebigkeit kein akzeptables Argument sei, Steuern zu erhöhen. Sie unterlag mit 24 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltung. In der Gesamtabstimmung nahm die kleine Kammer die Einführung der Besteuerung mit 40 zu 1 Stimmen an. Das Geschäft geht nun zum Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/15): Mietrecht

**Missbräuchliche
Untermiete wird
endlich bekämpft**

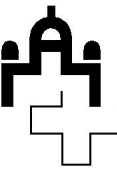
- Der Nationalrat will bei der Untervermietung von Räumlichkeiten schärfere Regeln gegen Missbräuche. Er hat einer Gesetzesvorlage (15.455) mit 108 zu 83 Stimmen bei 1 Enthaltung gegen den Willen von Linksrün zugestimmt, die unter anderem vorsieht, dass der Vermieter der Untervermietung explizit schriftlich zustimmen muss. Auch will der Nationalrat den Vermietern mehr Instrumente in die Hand geben, um die Untervermietung gegebenenfalls zu unterbinden. So soll der Vermieter neu ein ausserordentliches Kündigungsrecht erhalten, wenn der Mieter die Voraussetzungen für die Untermiete nicht einhält. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

**Beschleunigte
Kündigung
aufgrund von
Eigenbedarf**

- Der mit 108 zu 80 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommene Gesetzesentwurf (18.475) will, dass Vermietende den Eigenbedarf schneller geltend machen und umsetzen können. Die heute geltenden Voraussetzungen, die für die Geltendmachung von Eigenbedarf eine zeitliche und sachliche Dringlichkeit vorsehen, sollen gelockert werden, sodass es für eine Eigentümerin oder einen Eigentümer einfacher wird, mit Hinweis auf den Eigenbedarf eine Kündigung auszusprechen und durchzusetzen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

**Mitteilung einer
Mietzinserhöhung
vereinfacht**

- Der Nationalrat beschloss mit 108 zu 66 Stimmen bei 2 Enthaltungen im Mietrecht zwei Formvorschriften (16.458, 16.459) zu lockern. So soll in Zukunft für die Mitteilung einer Mietzinserhöhung eine auf mechanischem Weg nachgebildete Unterschrift auf dem offiziellen Formular ausreichen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/15): Bildungs-, Strafrechts- und Sportförderungs politik

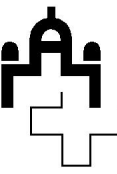
**Sexualstrafrecht
soll «Freezing»
und «Cyber-
grooming»
einbeziehen**

**Vereinfachter
Zugang zur
Primarlehrer-
ausbildung**

**Mehr Geld für
internationale
Sportgross-
veranstaltungen**

- Der Ständerat beharrt bei der Reform des Sexualstrafrechts auf der sogenannten Widerspruchslösung, also auf dem Grundsatz "Nein heisst Nein". Er hat aber einen Kompromissvorschlag gemacht, mit dem der Begriff der Vergewaltigung künftig weiter gefasst wird. Das Freezing, also eine eingetretene Schockstarre des allfälligen Opfers, ist künftig ein explizites Beispiel eines nonverbalen Neins. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat zur Differenzbereinigung.
- Inhaberinnen und Inhaber einer Berufsmaturität sollen prüfungsfrei an den Pädagogischen Hochschulen zur Primarlehrausbildung zugelassen werden. Dies hat der Nationalrat mit 122 zu 41 Stimmen bei 23 Enthaltungen beschlossen. Es ist nicht gerechtfertigt, von Berufsmaturanden, die an einer Pädagogischen Hochschule studieren möchten, eine Aufnahmeprüfung zu verlangen, im Gegensatz zu Personen mit einer gymnasialen Maturität. Die Motion (22.4268) geht an die Kantonskammer, während ein Postulat (22.4267), das eine Studie zu diesem Thema verlangt, definitiv angenommen wird.
- Der Nationalrat will internationale Sportgrossveranstaltungen in den Jahren 2025 bis 2029 unterstützen. Zu diesem Zweck nimmt er den vom Bundesrat vorgeschlagenen Verpflichtungskredit (22.076) von 45 Millionen Franken mit 178 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen an, mit der Unterstützung der SVP.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

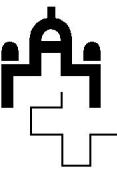
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sommer 2023: 30. Mai – 16. Juni 2023**
- **Herbst 2023: 11. – 29. September 2023**
- **Winter 2023: 4. – 22. Dezember 2023**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



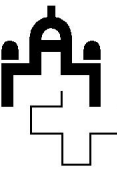
Stimmen Sie 1x JA und 2x NEIN am 18. Juni 2023

- Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen)
- Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit
- Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

JA

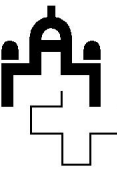
NEIN

NEIN



Helfen Sie mit, dass bei den eidg. Wahlen vom 22. Oktober 2023 die SVP gestärkt wird: Es verbleiben nur noch 30 Wochen!

- **2. April 2023:** Kantonale Wahlen Kantone Luzern, Genf und Tessin
- **30. April 2023:** Kantonale Wahlen Kanton Appenzell Innerrhoden & 2. Wahlgang Ständeratswahlen Kanton St. Gallen
- **22. Oktober 2023: Eidg. National- und Ständeratswahlen**



Haben Sie Fragen?